

Claudius Pflüger

Gerechter Ausgleich und angemessene Vergütung

Dispositionsmöglichkeiten bei Vergütungsansprüchen
aus gesetzlichen Lizenzen



Nomos



Stämpfli Verlag



ABHANDLUNGEN ZUM
URheber- UND KOMMUNIKATIONSRECHT

des Max-Planck-Instituts für
Innovation und Wettbewerb

Herausgegeben von
Josef Drexl
Reto M. Hilty
Gerhard Schricker
Joseph Straus

Band 61

Claudius Pflüger

Gerechter Ausgleich und angemessene Vergütung

Dispositionsmöglichkeiten bei Vergütungsansprüchen aus gesetzlichen Lizenzen



Nomos



Stämpfli Verlag



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Halle-Wittenberg, Univ., Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4110-6 (Print)

ISBN 978-3-8452-8419-4 (ePDF)

ISBN 978-3-7272-2064-7 (Stämpfli Verlag AG Bern)

Die Schriftenreihe ist bis Band 51 beim Verlag C.H. Beck, München erschienen.

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort und Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2016/2017 von der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg als Dissertation angenommen. Sie entstand im Wesentlichen während eines Stipendiums des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb in den Jahren 2015 und 2016 in München.

Die Dissertation befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand von Oktober 2016. Punktuell konnten noch Änderungen und Neuerscheinungen bis Januar 2017 eingearbeitet werden. Dies betrifft insbesondere die Neueinführung von § 27 Abs. 2 VGG und § 27a VGG.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die mich auf dem Weg zur Anfertigung meiner Dissertation begleitet und unterstützt haben.

Dem Thema meiner Dissertation lag eine Fallgestaltung aus der Praxis zu Grunde, auf die mich Herr *Thomas Tietze*, Justitiar des Bärenreiter-Verlags, aufmerksam gemacht hat. Mein Doktorvater Prof. Dr. *Malte Stieper* befand es spontan für dissertationswürdig und war mir in den verschiedenen Phasen mit präzisen Rückmeldungen stets eine große Hilfe. Auch mein Zweitgutachter Prof. Dr. *Michael Grünberger* gab mir bereits in einer früheren Phase wertvolle Anregungen, die meine Überlegungen substantiell voranbrachten. Beiden danke ich für die rasche Erstellung der Gutachten.

Die Anfertigung meiner Dissertation innerhalb von zwei Jahren wäre ohne die Unterstützung meiner Frau *Dana*, die zeitgleich promovierte, nicht möglich gewesen. Nur mit einigen Nachtschichten und durch ein kluges Zeitmanagement für die Betreuung unserer Tochter *Philomena* war das zügige Erstellen unserer beider Dissertationen möglich.

Darüber hinaus bedanke ich mich bei *Dana* und meinen Eltern *Anne-marie* und Dr. *Thomas Pflüger* für die Unterstützung bei den zahlreichen Korrekturgängen.

Schlussendlich bedanke ich mich beim Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb für die materielle und immaterielle Unterstützung bei der Anfertigung der Dissertation sowie den Herausgebern Prof. Dr. *Josef Drexl*, LL.M. Prof. Dr. *Reto M. Hilty*, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Gerhard*

Vorwort und Danksagung

Schricker und Prof. Dr. Dres. h.c. *Joseph Straus* für die Aufnahme in die Schriftenreihe.

München, im März 2017

Claudius Pflüger

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Kapitel 1: Einleitung	21
A. Problemaufriss	21
B. Stand der Forschung	23
C. Gang der Untersuchung	24
D. Begrifflichkeiten	25
E. Untersuchungsgegenstand	25
I. Vergütungsansprüche aus §§ 44a ff. UrhG	26
1. Individuelle Wahrnehmung möglich	26
2. Verwertungsgesellschaftspflichtige Vergütungsansprüche	28
II. Entsprechende Vorschriften der InfoSoc-Richtlinie	29
Kapitel 2: Internationaler Rechtsrahmen	31
A. RBÜ	31
I. Bindung	32
II. Materielle Vorgaben	32
1. Ziel der RBÜ	32
2. Schrankenbestimmungen in der RBÜ	33
3. Dreistufentest	33
a. Funktion	33
b. Die drei Stufen	34
(1) Erste Stufe	34
(2) Zweite Stufe	34
(3) Dritte Stufe	35
B. TRIPS	37
I. Bindung	37
II. Materielle Vorgaben	38
1. Ziel	38
2. Einbeziehung der RBÜ	38

3. Abweichungen zur RBÜ	39
C. WCT	40
I. Bindung	41
II. Materielle Vorgaben	41
D. WIPO Marrakesh Vertrag	42
I. Bindung	42
II. Materielle Vorgaben	42
E. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	43
I. Bindung	43
II. Materielle Vorgaben	43
F. Systematisierung der internationalen Vorgaben	45
I. Ausschließliches Recht als Ausgangspunkt	46
II. Ausgleichsanspruch	46
III. Dogmatische Einordnung des Ausgleichsanspruchs	47
Kapitel 3: Rechtsrahmen des Unionsrechts	49
A. Europäisches Urheberrecht als teilweise harmonisiertes Urheberrecht	49
B. InfoSocRL	51
I. Kompetenzgrundlage	51
II. Struktur der Richtlinie und der Ausnahmen und Beschränkungen	51
III. Grad der Harmonisierung	52
1. Harmonisierungswirkung der InfoSocRL	52
2. Einführung des gerechten Ausgleichs als Option	54
3. Harmonisierungswirkung des unbestimmten Rechtsbegriffs „gerechter Ausgleich“	55
IV. Ausnahme oder Beschränkung und die Auswirkungen auf den gerechten Ausgleich	56
1. Anwendbarkeit des gerechten Ausgleichs bei Ausnahmen und Beschränkungen	56
2. Abgrenzung von „Ausnahme“ und „Beschränkung“	58
3. Folgerungen	61
V. Abgrenzung zur angemessenen Vergütung	61

VI. Materielle Anforderungen an den gerechten Ausgleich	63
1. Funktion des gerechten Ausgleichs im Rahmen von Art. 17 GRCh	64
a. Funktion europäischer Grundrechte bei der Gesetzgebung	64
b. Privatrechtswirksamkeit	66
c. Art. 17 Abs. 2 GRCh	67
d. Art. 17 Abs. 1 GRCh	71
e. Verhältnis der GRCh zur EMRK, Art. 52 Abs. 3 GRCh	72
2. Gerechter Ausgleich als Schadensausgleich	73
a. Vergütungsgedanke als Ausgangspunkt	73
b. Konkreter oder normativer Schaden	76
c. Bewertung des Schadens	80
d. Pauschalierungen	82
e. Reduzierung auf Null	84
f. Entstehung beim originären Rechtsinhaber	84
3. Schuldner des gerechten Ausgleichs	85
4. Sonstige Vorgaben für die Ausgestaltung des gerechten Ausgleichs	86
a. Ergebnispflicht der Mitgliedstaaten	86
b. Mittelbare Form des gerechten Ausgleichs	88
c. Verwertungsgesellschaftspflicht	89
5. Verhältnis zu anderen Vorschriften	90
a. Art. 5 Abs. 5 InfoSocRL	90
b. Vergleich mit der Richtlinie über verwaiste Werke	91
VII. Verträge über den gerechten Ausgleich	92
1. Vertragliche Vereinbarungen über den Inhalt des gerechten Ausgleichs	93
a. Vertragsrecht grundsätzlich außerhalb des Regelungsbereichs der InfoSocRL	93
b. Ausnahme: Art. 5 Abs. 3 lit. n) InfoSocRL	94
c. Technische Maßnahmen und gerechter Ausgleich	96
d. Verzicht	97
2. Vertragliche Vereinbarungen über die Inhaberschaft des gerechten Ausgleichs	98
a. Verkehrsfähigkeit des gerechten Ausgleichs bei Ausnahmen vom Ausschließlichkeitsrecht	99

b. Verkehrsfähigkeit des gerechten Ausgleichs bei Beschränkungen des Ausschließlichkeitsrechts	103
c. Art. 12 CDSM-RL-E	105
3. Vertragsfreiheit im Primärrecht	107
a. Verortung im Primärrecht	107
b. Materieller Schutz der Vertragsfreiheit	109
C. Gerechter Ausgleich und Richtlinie 2014/26/EU	111
I. Verhältnis zum Nutzer	112
II. Aufteilung des Aufkommens	112
D. Grundfreiheiten	113
E. Zwischenergebnis	114
Kapitel 4: Nationales Recht	115
A. Urheberrecht	115
I. Dogmatische und systematische Einordnung der Vergütungsansprüche in §§ 44a ff. UrhG	116
1. Zugehörigkeit zum Urheberrecht	117
2. <i>Aliud</i> im Verhältnis zu den ausschließlichen Verwertungsrechten	119
3. Abstrakte Anspruchsnorm	121
II. Der Vergütungsanspruch im Grundrechtsverbund	124
1. Unionsrechtskonforme Auslegung	124
a. Grundsätzliche Anwendbarkeit der Chartagrundrechte	125
b. Vorrang ohne Ausschließlichkeit	128
c. Mehrpolige Interessenlage	130
d. Zwischenergebnis	131
2. Grundrechtskonforme Auslegung	132
a. Anwendbarkeit nationaler Grundrechte	132
b. Drittwirkung	133
c. Eigentumsgarantie, Art. 14 GG	135
(1) Schutzbereich	136
(a) Sachlicher Schutzbereich	136
(b) Persönlicher Schutzbereich	139
(2) Inhalt- und Schrankenbestimmung	139
(3) Funktion des Vergütungsanspruchs	142
(a) Ermöglichung der Privilegierung	142
(b) Surrogatsfunktion	143

(c) Bestimmung der Höhe des Anspruchs	145
III. Der Vergütungsanspruch im einfachen Recht – Inhalt und Konkretisierung	146
1. Qualifizierung in §§ 44a ff. UrhG	147
2. Konkretisierungsbefugnis	147
3. Leistungsbestimmungsrecht	150
4. Verwertungsgesellschaftspflichtige Ansprüche	155
5. Nullvergütung	156
IV. Zwischenergebnis	158
B. Schuldrecht ohne Vertrag	159
I. Einseitiges gesetzliches Schuldverhältnis als Folge der Schrankennutzung	160
1. Bestimmung der Hauptleistung	161
a. § 315 BGB	161
b. § 315 BGB analog	162
c. Leistungsbestimmung durch Erklärung, § 315 Abs. 2 BGB analog	164
(1) Bedingte Leistungsbestimmung	165
(2) Widerruf der Leistungsbestimmung	166
d. Maßstab für die Leistungsbestimmung	167
e. Folgen einer nicht verbindlichen Leistungsbestimmung, § 315 Abs. 3 BGB analog	167
2. Nebenpflichten für den Anspruchsinhaber	170
a. Ausübungspflicht	170
b. Begründungspflicht	171
3. Nebenpflichten für den privilegierten Nutzer	172
a. Benachrichtigungspflicht	172
(1) § 46 Abs. 3 UrhG	172
(2) § 241 Abs. 2 BGB	172
b. Änderungsverbot (§ 62 UrhG) und Quellenangabe (§ 63 UrhG)	174
4. Zeitpunkt der Entstehung des Schuldverhältnisses	175
a. Das Schuldverhältnis	176
b. Die einzelnen Vergütungsansprüche	176
5. Fälligkeit der angemessenen Vergütung	177
6. Leistungsmodalitäten	177
7. Verjährung	178

II. Sonstige Ansprüche zur Durchsetzung des	
Vergütungsanspruchs	179
1. Auskunftsanspruch	179
2. Kein Unterlassungsanspruch	179
3. Schadensersatzanspruch	181
a. Verletzung der Hauptpflicht	181
b. Verletzung von Nebenpflichten	182
(1) Analogie der §§ 54e Abs. 2, 54f Abs. 3 UrhG	183
(2) Tarifverdoppelung als allgemeiner Grundsatz	184
III. Prozessuale Durchsetzung	187
1. Aus Sicht des Gläubigers	187
2. Aus Sicht des Schuldners	189
IV. Zwischenergebnis	190
C. Vertragliche Dispositionsmöglichkeiten	190
I. Vertragsfreiheit	191
1. Vertragsfreiheit im einfachen Recht	191
2. Privatautonomie und Vertragsfreiheit im Grundgesetz	192
a. Verortung im GG	192
b. Schutzbereich	194
c. Eingriff	195
d. Rechtfertigung	196
3. Zwischenergebnis	199
II. Spezielle Dispositionsgrenzen aus dem Urheberrecht durch	
die Anordnung der angemessenen Vergütung	199
1. Die angemessene Vergütung als Dispositionsgrenze	200
2. Verhältnis der gesetzlichen Lizenzen zu vertraglichen	
Abreden, § 52b UrhG, § 53a UrhG und § 49 Abs. 1 S. 1	
UrhG	202
3. Verzicht und Erlass	206
a. Verzicht	206
b. Teilverzicht	208
c. Erlass und Vergleich	209
4. Pauschale Vergütung	209
5. Partizipation Dritter am Vergütungsanspruch	211
a. Abtretung	211

b. Gegenanspruch für die Vorausabtretung i.R.d. § 63a S. 2 UrhG	214
(1) Gegenanspruch bei der Vorausabtretung an eine Verwertungsgesellschaft	214
(2) Gegenanspruch bei einer Vorausabtretung an einen Verleger	215
(a) Beteiligung des Verlegers am Vergütungsaufkommen	216
(b) Materielle Anforderungen an den Gegenanspruch	220
c. Beschränkung der Abtretbarkeit durch das Leistungsbestimmungsrecht	221
6. Zwischenergebnis	223
III. Allgemeine Dispositionsgrenzen	223
1. Möglichkeit eines gegenseitigen Schuldverhältnisses bei entsprechender Gegenleistung	223
a. Zusätzliche, nicht vom Gesetz vorgesehene Gegenleistungen	224
b. Nicht von der Schranke in vollem Umfang gedeckte Nutzung	225
2. Absicherung einer Pflicht mittels vertraglichem Unterlassungsanspruch	226
3. Absicherung einer Pflicht mittels Bedingung	227
4. Absicherung einer Pflicht mittels Vertragsstrafe	227
5. § 138 BGB	230
IV. Zwischenergebnis	230
D. Besonderheiten bei der Wahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften	231
I. Rechtfertigung der Verwertungsgesellschaftspflicht	232
II. Auswirkungen der Verwertungsgesellschaftspflicht auf die schuldrechtlichen Befugnisse	233
III. Rechtsverhältnis zwischen Berechtigtem und Verwertungsgesellschaft	235
1. Wahrnehmungsvertrag	235
2. Verteilung der Einnahmen	238
a. Auszahlungsanspruch als Gegenanspruch	238
b. Aufgabe des Verteilungsplans	240
c. Werkbezogene Zuordnung	242

d. Personenbezogene Zuordnung	243
e. Abzüge	243
f. Ausschüttung an Dritte	244
(1) Erfüllung	245
(a) Grundsatz	245
(b) § 27a Abs. 1 VGG	246
(2) Willkürverbot beim Verteilungsplan, § 27 VGG	247
(a) Keine Fiktion eines Verlegeranteils durch § 63a S. 2 Alt. 2 UrhG	248
(b) Keine Entscheidungshoheit der Verwertungsgesellschaft über die Beteiligung Dritter	249
(c) Aufteilung bei der Wahrnehmung im Interesse mehrerer Berechtigter, § 27 Abs. 2 VGG	254
(d) Materielles Recht als Grenze für die Beteiligungsquote im Verteilungsplan	256
3. Der Ausschüttungsanspruch im Rechtsverkehr	258
IV. Rechtsverhältnis zwischen Verwertungsgesellschaft und Schränkenprivilegierten	259
1. Tarif als Ausgangspunkt für die Vergütungshöhe	260
2. Abschlusszwang, § 34 VGG	264
3. Hinterlegungspflicht, § 37 VGG	264
4. Gesamtvertrag	265
a. Gesamtvertrag	266
b. Angemessene Bedingungen	269
5. Pauschalvertrag	271
6. Lizenz für nicht kommerzielle Zwecke, § 11 VGG	272
7. Nebenpflichten und sonstige Ansprüche	272
a. Verwertungsgesellschaft	272
b. Nutzer	273
8. Kartellrecht	273
a. AEUV	273
(1) Anwendbarkeit	274
(2) Marktbeherrschende Stellung der Verwertungsgesellschaften	274
(3) Tarife	275
(4) Gesamtverträge	277
(5) Sonstige Verträge	279

b. GWB	280
9. Prozessuales	281
a. Schiedsstellen	281
b. Ordentliche Gerichte	282
E. Zwischenergebnis	284
Kapitel 5: Alternative Gestaltungsmöglichkeiten <i>de lege ferenda</i>	285
Kapitel 6: Gesamtergebnis und Zusammenfassung	289
Literaturverzeichnis	293

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz/Absätze
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht (Zeitschrift)
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
amtl. Begr.	amtliche Begründung
ANerfG	Gesetz über Arbeitnehmererfindungen
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Beschl.	Beschluss
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Sammlung)
CDSM-RL-E	Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on copyright in the Digital Single Market, COM(2016) 593 final
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
Dir.	Directive (Richtlinie)
DPMA	Deutsches Patent- und Markenamt
Ed.	Edition
EG	Europäische Gemeinschaft

EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
engl.	englisch
ErwGr.	Erwägungsgrund/Erwägungsgründe
EU	Europäische Union
EuG	Gericht nach Art. 19 Abs. 1 EUV
EuGH	Gerichtshof nach Art. 19 Abs. 1 EUV
EuGVVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgend
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
frz.	französisch
GA	Generalanwalt
GasGVV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Gas aus dem Niederdrucknetz
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (Zeitschrift)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter und Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.M.	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch
HOAI	Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.d.F.	in der Fassung
i.E.	im Ergebnis
i.R.d.	im Rahmen des/der

i.R.v.	im Rahmen von
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law (Zeitschrift)
InfoSocRL	Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft
InvG	Investmentgesetz
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
JIPITEC	Journal of Intellectual Property, Information Technology and Electronic Commerce Law (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
LSK	Leitsatzkartei (beck-online)
M&R	Medien & Recht (Zeitschrift)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MüKo	Münchener Kommentar
Neubearb.	Neubearbeitung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
OLG	Oberlandesgericht
RBÜ	Revidierte Berner Übereinkunft
RIDA	Revue Internationale Du Droit D'Auteur (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
S.	Seite(n)
Schw. BGer	Schweizerisches Bundesgericht
sog.	sogenannte(r/s)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung

Abkürzungsverzeichnis

str.	streitig
StromGVV	Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Elektrizität aus dem Niederspannungsnetz
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UFITA	Archiv für Urheber- und Medienrecht (Zeitschrift)
UrhG	Urheberrechtsgesetz
UrhR	Urheberrecht
Urt.	Urteil
v.	vom/von
VerlG	Gesetz über das Verlagsrecht
VGG	Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften
vgl.	vergleiche
VG-RL	Richtlinie 2014/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt
VO	Verordnung
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
WahrnG	Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
WCT	WIPO Copyright Treaty
WIPO	World Intellectual Property Organization
WPPT	WIPO Performances and Phonograms Treaty
WTO	World Trade Organization
WUA	Welturheberrechtsabkommen
z.B.	zum Beispiel
ZGE/IPJ	Zeitschrift für geistiges Eigentum / Intellectual Property Journal (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (Zeitschrift)
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht – Rechtsprechungsdienst (Zeitschrift)